

Militärs in der Kritik

Die Politik der thailändischen Militärs und ihrer eingesetzten Regierung hat nach 5 Monaten Amtszeit weiter an Ansehen unter der Bevölkerung eingebüßt, so die einhellige Meinung vieler Kommentare thailändischer Tageszeitungen. Eine neue Verfassung werde wohl Ende Oktober verkündet und Anfang nächsten Jahres auch Wahlen durchgeführt werden. Doch angesichts des Mitte Juli der Öffentlichkeit vorgestellten Verfassungsentwurfs (siehe unten) sei eine Rückkehr zu

demokratischen Verhältnissen in weite Ferne gerückt.

Während einer Fernsehdiskussion kritisierte der ehemalige Premierminister und Polit-Oldtimer Kukrit Pramoj die Begründung des Militärs für ihre Machtergreifung am 23. Februar, damit einer "parlamentarischen Diktatur" ein Ende bereitet zu haben. "Wie kann eine gewählte Koalitionsregierung eine Diktatur ausüben?", so fragt er zurück. Dr. Chaianan, Politikologieprofessor an der renommierten Chulalongkorn Universität, geht in seiner Kritik noch einen Schritt weiter. Ihm zufolge

hatte während der letzten Jahre das demokratisch-parlamentarische System in Thailand zunehmend an Stabilität gewonnen – ein Prozeß allerdings, so räumt er ein, der angestammte Positionen bestimmter gesellschaftlicher Kreise bedroht. Diese reagierten damit, die Legitimität des gewählten Parlaments in Frage zu stellen.

Das Militär sei angetreten, so erinnert der ehemalige Premierberater Chatchais und Universitätsprofessor Sukhumaband Paribatra, um Korruption und Amtsmissbrauch unter Politikern, der Polizei

und innerhalb der zivilen Bürokratie abzuschaffen.

Doch auf keinem Gebiet habe die Junta bisher irgendwelche Fortschritte erzielt. "Solche, die andere der Korruption und fortwährenden Belästigung hoher Beamter anklagen, sollten selbst in den Spiegel schauen." Sukumband wiederholte damit wortwörtlich seine kontroverse Bemerkung von vor zwei Jahren, die damals nach massiver Intervention des Militärs zu seiner erzwungenen Entlassung führte.

vgl. BP 22., 28.7.91

Der Verfassungsentwurf: Ganz nach Wunsch des Militärs

Der Verfassungsentwurf, vom thailändischen Militär in Auftrag gegeben, zog sofort nach Bekanntwerden scharfe Kritik aus akademischen Kreisen, Bürgerrechtsgruppen und Sprechern fast aller politischen Parteien auf sich. Die neue Verfassung soll die Grundlage für Neuwahlen bilden, nachdem die alte Verfassung infolge des Putsches vom 23. Februar 1991 vom Militär außer Kraft gesetzt worden war. Doch der Mitte Juli der Öffentlichkeit vorgestellte Entwurf wird allgemein als ein Instrument angesehen, das dem NPKC (National Peace-Keeping Council, der derzeitigen Militärjunta) erlaubt, auch nach Neuwahlen die Macht im Staate zu behalten.

Die Kritik richtet sich insbesondere gegen den Artikel 27, der dem Juntavorsitzenden und dem Premierminister diktatorische Vollmachten einräumt. So haben diese das Recht, jeder Zeit jede Art von Maßnahmen zu ergreifen, "um Aktionen zu unterbinden oder zu verhindern, die den inneren Frieden und die nationale Sicherheit, die Monarchie, die Wirtschaft und die Ressourcen des Landes, die Verwaltung, die öffentliche Ordnung und Moral oder die öffentliche Gesundheit gefährden". Daran werde deutlich, so der Führer der Demokratischen Partei, Chuan Lek, daß das NPKC auch nach den Wahlen entgegen den vollmundigen Erklärungen seiner Generäle nicht daran denke abzutreten, sondern im Gegenteil auch in

Zukunft eine entscheidende Rolle in Thailands Politik spielen will. Auch der Generalsekretär der Solidarity Party sowie die Sprecher der New Aspiration und der Palang Dharmaparty heben hervor, daß das NPKC seine diktatorischen Vollmachten auch für die Zeit nach den Neuwahlen beizubehalten gedenkt. Der Führer der Prachakron Thai Partei, Politveteran Samak Sundaravej, hält unter diesen Bedingungen die Bildung einer zivilen Regierung für fraglich. Für ihre Fähigkeit die Öffentlichkeit über ihre wahren Absichten zu täuschen, Überreichten Studenten der Nationalen Studentenföderation einem Vertreter der NPKC eine goldene Maske.

Ebenso umstritten ist die Einrichtung eines sogenannten Verfassungskomitees. Es hat die Aufgabe 1350 Kandidaten zu benennen, die aus ihren Reihen dann die 270 Senatoren des künftigen thailändischen Oberhauses bestimmen. Das Verfassungskomitee legt die Wahlbezirke fest und wacht über den gesamten Verlauf der Wahl. Je zwei seiner 9 Mitglieder sollen durch Regierung, Senat, Parlament und Oberstes Gericht ernannt werden, einen Vorsitzenden suchen sich dann die Komiteemitglieder selbst. Da es derzeit aber neben der vom Militär ernannten Interimsregierung weder gewählte Volksvertreter noch Senatoren gibt, räumt der Konstitutionsentwurf dem NPKC das Recht ein, 4 Komiteemitglieder selbst und zwei weitere durch die eingesetzte Regierung bestimmen zu lassen. Das Verfassungskomitee ist mit weitreichenden Vollmachten zur

Kontrolle der Arbeit von Ober- wie Unterhaus ausgestattet und hat eine Amtszeit von 8 Jahren. es wird daher allgemein als Werkzeug der Militärjunta zur Kontrolle künftiger, aus freien Wahlen hervorgegangener Parlamente eingeschätzt.

Schließlich haben sich die Verfassungsschreiber auch gegen eine Änderung der Konstitution durch die gewählten Abgeordneten gewappnet: Konnte bisher das zahlenmäßig größere Unterhaus die meist dem Militär ergebenen Senatoren bestimmen, ist nun eine Zweidrittelmehrheit aus beiden Häusern erforderlich. Darüber hinaus wurden auch noch die legislativen Vollmachten der gewählten Parlamentsvertreter zugunsten des ernannten Senats beschnitten, denn auch einfache Gesetzesänderungen verlangen nun eine Zweidrittelmehrheit. Der führende Politiker und ehemalige Parlamentsabgeordnete der Demokratischen Partei, Surin Pitsuwan, sieht in dieser Klausel eine Verletzung demokratischer Prinzipien.

In der thailändischen Presse herrscht daher überwiegend die Meinung vor, daß der Verfassungsentwurf einseitig die Interessen des Militärs festschreibt. Das Gremium, welches mit der Ausarbeitung befaßt ist, wird daran erinnert, kein öffentliches Mandat zu besitzen, sondern durch die putschenden Militärs eingesetzt worden zu sein. Unter den durch den Verfassungsentwurf gesetzten Bedingungen kann sich nach Meinung des Sprechers der Aspiration Party keine demokratische parlamentarische Arbeit ent-

falten. Und Kukrit Pramoj ebenso wie Skurin Pitsuwan befürchten gar eine Periode politischer Instabilität, Spannung und die Gefahr eines erneuten Militärputschs, sollte der Verfassungsentwurf in seiner vorliegenden Form durch die durch das Militär eingesetzte gesetzgebende Versammlung akzeptiert werden.

vgl. BP 23., 24., 25., 26., 27. 7 1991

Samakkhi Tham Party: Alter Wein in neuen Schläuchen

Der neugegründeten Samakkhi Tham Partei werden enge Beziehungen zur Militärjunta nachgesagt. Sie soll offensichtlich den Übertritt der gegenwärtigen Juntaführer in die Regierung erleichtern helfen. Um so überraschter reagierte die thailändische Öffentlichkeit, als die Liste der Kandidaten und Unterstützer der neuen Partei bekannt wurde. War das Militär angetreten, um Korruption und Vetternwirtschaft vorangegangener Regierungen ein für alle mal den Garaus zu machen, finden sich nun in den Reihen ihrer Partei viele einschlägig bekannte Altpolitiker wieder. Unter massivem Druck und Bezahlung großer Bestechungssummen seien sie, so der Führer der Demokratischen Partei, den anderen Parteien abspenstig gemacht worden. Einer der berüchtigtsten Mafiabosse des Landes, Kamnan Poh, hat öffentlich seine Unterstützung für die Samakkhi Tham erklärt und angekündigt, den Wahlkampf der Partei in den östlichen Provinzen des Landes zu finanzieren.

vgl. BP 17. 7 1991

"Liebt der ältere Bruder Jiew noch seinen jüngeren Bruder Su?"

Nein, keine rhetorische Frage aus einer thailändischen Seifenoper, sondern eher Spiegelbild des intellektuellen Niveaus der mächtigsten Männer des Landes. Von allen großen Tageszeitungen kolportiert, hatte Juntaführer General Suchinada Kraprayoon seine Zweifel an seinem Vorgänger, General Chavalit Yongchaiyudh zum Ausdruck gebracht, die prompt die Kurse an der Bangkok Börse fallen ließ. Chavalit hatte zuvor das NPKC kritisiert, durch die neue Verfassung und die Schaffung einer neuen Partei auch in Zukunft sich die Kontrolle über die thailändischen Regierung zu sichern. Sein Ärger ist nur allzu verständlich, hatte er doch seinen Sessel als Armeechef für Suchinada geräumt, um sich ganz dem Aufbau seiner Partei, der New Aspiration Party, und seinem Fernziel, Premierminister zu werden, widmen zu können. Durch den Putsch und dem offensichtlichen Machthunger seines ehemals Untergebenen sieht er sich nun in seinen Ambitionen gefährdet.

Doch zunächst noch weiß er die ob dieses Liebesdramas verwirrte thailändische Öffentlichkeit zu beruhigen: Selbst noch in seinem kommenden Leben, so läßt er verlauten, werde er gegenüber seinem jüngeren Bruder Su nichts als Liebe empfinden. Womit wohl alles gesagt wäre.

vgl. BP 14. 7.1991

Ex-Premier Chatichai für "ungewöhnlich reich" erklärt

Das von der Militärjunta eingesetzte Komitee zur Untersuchung von Korruption hat den früheren Premierminister Chatichai Choonhavan und seinen Privatsekretär Pitak In-trawithayanunt als Personen bezeichnet, die "während ihrer Amtszeit in einem Umfang reich geworden sind, wie es für ehrlich arbeitende Menschen ungewöhnlich ist." Sollten sie nicht in der Lage sein, während einer angemessenen Frist den Nachweis zu erbringen, Geld, Land und Geschäftsanteile legal erworben zu haben, so riskieren beide, daß ihr gesamter Besitz

durch den Staat konfisziert wird.

Das Anti-Korruptionskomitee war verschiedentlich in den Zeitungen als Instrument der Militärjunta zur Diskreditierung ehemaliger ziviler Politiker und ihrer Parteien kritisiert worden, da es außerhalb jeglichen juristischen Rahmens operiert und hohe Militärs, Polizeioffiziere oder zivile Bürokraten von den Untersuchungen ausgenommen sind. Insgesamt stehen bisher 25 Politiker, zu meist ehemalige Minister, auf der Liste der Korruptionsverdächtigen. 11 davon sind bisher als "ungewöhnlich reich" klassifiziert worden, gegen 10 andere wurde der Vorwurf zurückgenommen, nachdem sie entweder erklärt hatten, sich aus der aktiven Politik zurückziehen oder bei den nächsten Wahlen für die der Junta nahestehende Samakkji Tham Partei zu kandidieren.

vgl. BP 27., 29. 7 1991

Gewerkschaftsführer verschwunden

Seit mehr als vier Wochen gilt der ehemalige Präsident des Labour Congress of Thailand, Thanong Phoarn, als verschwunden. Seine Frau wie auch seine Freunde vermuten dahinter politische Motive und befürchten seine Entführung oder gar seine Ermordung. In den Wochen vor seinem Verschwinden war er beständig beschattet worden und hatte telefonische Morddrohungen erhalten. Gewerkschaftskollegen mutmaßen, daß die Polizei über Erkenntnisse verfügt, die Wahrheit aber zu verbergen sucht, da einflußreiche Militärkreise involviert seien.

Thanong war Präsident der einflußreichsten Gewerkschaft des Landes. Er stand in engem Kontakt zu Ex-Premier Chatichai und wurde während dessen Regierungszeit zum Senator ernannt. Nach der Machtübernahme durch das Militär war er einer der wenigen, der es wagte, den Putschisten öffentlich entgegenzutreten. Er stand an der Spitze mehrerer Protestversammlungen gegen die Beschneidung gewerkschaftlicher Rechte durch das Militär. Er wider setzte sich ebenso vehement der Zerschlagung der Gewerkschaften staatlicher Unternehmen durch die Junta und initiierte internationale Proteste. Für Mitte Juni plante

er seine Teilnahme an dem jährlichen Meeting der ILO in Genf. Darauf die Reaktion des obersten Militärchef, General Suchinda Krapayoon: Thanong's Aktivitäten seien gleichbedeutend mit einer Einladung an den Feind, das Land zu zerstören.

Das thailändische Wochenmagazin Khao Pises vermutet hinter dem Verschwinden von Thanong das Zusammenspiel eines ranghohen, rechtsgerichteten Beamten, der im Auftrag des NPKC handle. Die Zeitschrift vermeidet es allerdings dessen Identität aufzudecken.

vgl. BP 14.7 1991

Reisanbau aufgrund Wasserknappheit verschoben

Der niedrigste Wasserstand seit Jahren in mehreren großen Wasserreservoirs Nordthailands hat das Innenministerium zu der Empfehlung veranlaßt, den diesjährigen Reisanbau bis auf weiteres auszusetzen. Vier große Bewässerungssysteme, die sich über 20 Provinzen insbesondere der fruchtbaren Zentral-ebene erstrecken, sind davon betroffen. Meteorologen machen neben ungenügenden Regenfällen auch den exzessiven Wasserkonsum durch Plantagenwirtschaft, Industrie, Touristenzentren und Golfplätze in Nordthailand für den Wassermangel verantwortlich.

vgl. BP 29. 7 1991

Umweltschützer ausgezeichnet

Der Aufseher über das Waldschutzgebiet Tung Yai Naresuan in der westlichen Provinz Kanchanaburi, Wirawat Tiraprasart, hat Ende August den Sueb Nakhasathien-Preis erhalten. Sueb war Leiter des angrenzenden Kienschutzgebietes Hua Kha Kheng. Er hatte vor einem Jahr Selbstmord begangen angesichts der Aussichtslosigkeit des Kampfes gegen illegale Großwild-Jäger und Holzfäller. Wirawat Mitglied der Umweltschutzorganisation Project for Ecological Recovery, PER, war im Rahmen des Thai-Deutschen-Dialogs Mitte 1988 in Deutschland.

vgl. BP 28.8.91

Untersuchungsausschuß prüft illegalen Landkauf

Auf öffentlichen Druck hin sah sich die thailändische Regierung gezwungen einen Untersuchungsausschuß zu bilden, der sich mit illegalem Landerwerb in unmittelbarer Nachbarschaft des beliebten Nationalparks Khao Yai (Distrikt Pak Chong, Provinz Nakhon Ratchasima) befassen soll. Vor 7 Jahren waren rund 280.000 rai zerstörten Waldes durch die Regierung an Bauern übertragen worden, die ihr Land durch den Bau des Lam Takong Wasserreservoirs verloren hatten. Jüngste Untersuchungen hatten ergeben, daß sich Großgrundbesitzer und insg. 26 private sogenannte Landentwicklungsunternehmen und Golfclubs weite Teile des Gebiets illegal angeeignet hatten.

vgl. BP 23. 7 1991

Sozialkritiker Sulak soll mundtot gemacht werden

Der in Thailand und auch international angesehene, wertkonservative Sozialkritiker Sulak hat nach Ansicht des Armeechefs Suchinda den Mund etwas zu voll genommen. Deshalb hat Suchinda gegen ihn eine Untersuchung durch die Polizei einleiten lassen, da er, Suchinda sich persönlich verleumdet fühlt. Außerdem sollen Äußerungen Sulaks einer Majestätsbeleidigung entsprechen.

Sulak hatte auf einer Veranstaltung in der Thammasat-Universität die herrschenden Militärs als Udemokraten und Kumpanen der birmanischen Militärs angegriffen. Er hat inzwischen erklärt, Fehlverhalten sei in allen thailändischen Institutionen an der Tagesordnung und der Vorwurf von Majestätsbeleidigung sei ein beliebter Trick Kritiker einzuschüchtern. Er werde einen Fall jedoch ggf. auch vor Gericht vertreten.

In NGO-Kreisen wird vermutet, daß das Vorgehen gegen Sulak Teil einer Kampagne sei, Kritiker vor der IWF/WB-Tagung auszuschalten, und über die Tagung hinaus das politische Klima bis zu den Wahlen Anfang 1992 militärfreundlicher zu gestalten.

vgl. BP 5.9.,6.9.91